



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Schule und Berufsbildung

30. Juni 2008

Eine kluge Stadt braucht alle Talente

Die Hamburger Schulreform 2008-2012

Mit der Schulreform sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um in den Schulen mehr Leistung und mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Daher setzen wir auf eine Verbesserung der Unterrichtsqualität sowie auf ein längeres gemeinsames Lernen.

Die Hamburger Schulreform ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Die Behörde für Schule und Berufsbildung lädt ausdrücklich alle Beteiligten und Interessierten ein, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen. Wir sind überzeugt, dass sich der Einsatz lohnt – für alle Kinder und Jugendlichen unserer Stadt.

Die Ziele

- Wir möchten Hamburgs Schulen auf europäischen Standard bringen – und verbinden deshalb die Verbesserung des Unterrichts mit einem längeren gemeinsamen Lernen.
- Wir möchten, dass Hamburgs Schulen erfolgreich sind. Alle sollen mehr Leistung bringen können: die Schulen, die Lehrer, die Schüler.
- Wir möchten Schulen, in denen die Kinder mit Freude lernen und in denen mehr Kinder das Abitur schaffen und weniger die Schule abbrechen.
- Wir entwickeln ein attraktives Angebot aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium – um alle Talente optimal zu fördern und zu besseren Abschlüssen zu führen.

Was Hamburg und Hamburgs Schüler brauchen sind Schulen, die den Bildungserfolg unabhängig von der sozialen Herkunft der Eltern machen. Kinder dürfen nicht zu früh und oft falsch in unterschiedliche Schulformen sortiert werden. Es geht darum die erreichbaren Schulabschlüsse so lange wie möglich offen zu halten.

Die Umsetzung

1. Steigerung der Unterrichtsqualität

Zur Steigerung der Unterrichtsqualität planen wir ein Bündel von Maßnahmen, in deren Mittelpunkt individuelle Förderung steht.

Die Maßnahmen:

- Fortbildungsoffensive der Lehrkräfte, um individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler auszubauen
- Mehr Kompetenzorientierung im Unterricht
- Kleinere Klassen
- Mehr Ganztagschulen
- Mehr Sprachförderung
- Mehr Integration

2. Neue Schulstruktur

Wir setzen zusätzlich auf neue Schulstrukturen, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Damit schaffen wir Bildungsgänge, die allen Schülerinnen und Schülern alle

möglichen Schulabschlüsse möglichst lange offen halten. Ziel sind möglichst hohe Abschlüsse für alle Kinder und Jugendlichen.

Die Strukturen:

- Flexible Eingangsstufe der Primarschule (Jahrgangsübergreifende Lerngruppen)
- Primarschule bis zur 6. Klasse
- Stadtteilschule mit Abitur nach 12 oder 13 Jahren
- Gymnasium mit Abitur nach 12 Jahren

Die Meilensteine

- August 2008: Keine Einrichtung von Hauptschulklassen mehr
- August 2008: 60 zusätzliche Lehrer an die Grundschulen
- August 2008: Einrichtung neuer und bessere Ausstattung bestehender Ganztagschulen
- September 2008: Start Regionale Schulentwicklungskonferenzen
- Mai 2009: Empfehlungen der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen
- Juli 2009: Entscheidung der Schulbehörde über zukünftige Schulstandorte
- August 2009: Das Vorschuljahr wird kostenfrei.
- August 2009: Start neuer Ganztagschulen
- August 2009: Zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in die Grundschulen
- September 2009: Vorbereitung der Einrichtung von Standorten für Primar- und Stadtteilschulen und Gymnasien
- August 2010: Start der Primarschule und der Stadtteilschule
- August 2010: Zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in die Primarschulen
- Juli 2012: Die jetzigen 2. Klassen beenden als erster Jahrgang die 6. Klasse der Primarschule

Der Prozess: Beteiligung vor Ort

Bei der Umsetzung der Schulreform setzen wir gezielt auf einen Dialog mit Ihnen allen. Hierzu werden von September 2008 bis Mai 2009 regelmäßige „Regionale Schulentwicklungskonferenzen“ mit Schulleitungen, Lehrkräften und Vertretungen der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Sie entwickeln in diesem für Hamburg neuen Modell Empfehlungen für geeignete Schulstandorte mit optimalen Bildungsangeboten in ihrer Schulregion. Diese Empfehlungen sind Grundlage für die Entscheidungen der Behördenleitung.

Die Aufgaben der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen:

- Planung von vielfältigen Bildungsangeboten durch die Schulen der Region, die der Nachfrage von Eltern und Schülerinnen und Schülern gerecht werden
- Vorschläge für geeignete Standorte zur Umsetzung der Schulreform als Grundlage für die Entscheidung der Behördenleitung.

Die Regionale Schulentwicklungskonferenz im Überblick:

- Eine Region besteht in der Regel aus 15 – 18 Schulen
- Teilnehmer: Schulleitungen, Vertreter der Eltern und der Lehrer sowie bei weiterführenden Schulen der Schüler/-innen von allen Schulen der Region, Schulleitungen der Sonder- und Förderschulen sowie der beruflichen Schulen der Region, Vertreter des Bezirksamtes
- Regelmäßige Sitzungen zwischen September 2008 und Mai 2009
- Leitung: Regionale Schulaufsicht mit Unterstützung externer Moderation
- Vorstufe zu Regionalen Bildungskonferenzen, die ab 2010 in den Regionen neben den Schulen weitere Bildungseinrichtungen beteiligen

Meist gestellte Fragen

1. Warum brauchen wir eine Primarschule, in der länger gemeinsam gelernt wird?

Früher anfangen, später trennen - das ist die Devise in fast allen europäischen Ländern. In Deutschland beginnen die Bildungsangebote zu spät und die Kinder werden zu früh auf eine bestimmte Schullaufbahn festgelegt. Für zu viele Kinder lässt sich am Ende der 4. Klasse nicht sicher genug vorhersagen, wie sich ihre schulischen Leistungen entwickeln werden. Oft findet die Auslese nach der 4. Klasse nach sozialer Herkunft statt, nicht nach Leistung. Die Folge: Einerseits gibt es zu viele Karrieren des Scheiterns. Andererseits können die Talente und Potentiale zu oft nicht ausreichend entfaltet werden. Damit der Bildungserfolg der Kinder unabhängig ist von der sozialen Herkunft der Eltern, brauchen wir ein längeres gemeinsames Lernen und ein späteres Trennen.

Der längere gemeinsame Schulbesuch hat viele Vorteile: Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass leistungsschwächere Schüler davon profitieren, während leistungsstärkere keine Nachteile haben. Außerdem lernen Kinder sehr gut von einander – zum gegenseitigen Vorteil.

2. Was wird aus dem Elternwahlrecht?

Bei der Anmeldung zur Primarschule gilt die Maxime: „Kurze Beine - Kurze Wege“. Wie bisher wählen Eltern eine Primarschule aus dem regionalen Verbund ihres Wohnortes. Wenn es mehr Anmeldungen als Plätze an einer Schule gibt, entscheidet die Länge des Schulweges: Wer näher wohnt, hat Vorrang. Das gültige Elternwahlrecht bleibt also, wie es ist. Nach der 6. Klasse können alle Eltern für Kinder mit Gymnasialempfehlung ein Gymnasium oder eine Stadtteilschule frei wählen. Ob die leistungsbezogenen Voraussetzungen erfüllt sind, entscheidet die Zeugniskonferenz der Primarschule. Alle anderen wählen frei aus dem Angebot der Stadtteilschulen. Bisher konnten Eltern nach der 4. Klasse ihre Kinder auch ohne Empfehlung am Gymnasium anmelden. Aber am Ende der Klasse 6 haben schon immer die Leistungen über den Verbleib auf dem Gymnasium entschieden.

3. Wie werden die Primarschulen organisiert?

Die Primarschulen werden als organisatorische und pädagogische Einheiten mit eigener Leitung und eigenständigen Mitwirkungsgremien eingerichtet. Möglichst viele Primarschulen sollen einen eigenen Standort bekommen. An manchen der heutigen Grundschulstandorte wird dafür allerdings nicht genügend Platz sein. Wenn es zu eng wird, werden die Schülerinnen und Schüler der Primarschule in Ausnahmefällen deshalb ab der 4. Klasse in einem anderen Gebäude unterrichtet. Doch auch wenn diese Klassen dann auf dem Gelände einer Stadtteilschule oder an einem Gymnasium untergebracht sind, werden die Schülerinnen und Schüler damit nicht Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums oder der Stadtteilschule. In jedem Fall liegt die Verantwortung für die Primarschule bei der Schulleitung der Primarschule. Die Kinder bleiben von der Einschulung bis einschließlich der 6. Klasse zusammen und werden gemeinsam unterrichtet.

4. Wählen Eltern mit der Primarschule gleichzeitig schon eine weiterführende Schule für ihre Kinder?

Nein. Die Primarschulen sind eigenständige Schulen – auch wenn sie gemeinsam an einem Standort mit Stadtteilschulen oder Gymnasien untergebracht sind. Viele Eltern wählen schon heute die Grundschule wegen eines bestimmten Profils – und nicht, weil damit automatisch der Übergang in ein bestimmtes Gymnasium garantiert wäre. Kinder einer Primarschule, die am Standort eines Gymnasiums untergebracht ist, gehen nicht automatisch auf dieses Gymnasium über. Alle Kinder mit entsprechenden Leistungen können sich nach der 6. Klasse an allen Gymnasien anmelden.

5. Wie werden leistungsstarke Kinder in der Primarschule gefördert, wie werden leistungsschwächere nicht überfordert?

Leistungsstärkere Kinder nicht zu unterfordern, ist eine Leitidee der Schulreform. Deshalb soll die Qualität des Unterrichts gesteigert werden. Insbesondere mit einer gezielten individuellen Förderung sollen sowohl leistungsstarke als auch leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler herausgefordert werden. Mit Fortbildungen in individualisierten Unterrichtsmethoden werden die Lehrer intensiv auf diese Art des Unterrichtens vorbereitet. Viele Untersuchungen zeigen, dass weniger starke Kinder besser vorankommen, wenn sie mit stärkeren Kindern zusammen lernen. Stärkere Kinder profitieren auch davon, wenn sie es anderen erklären, die es noch nicht verstanden haben. Aber sie brauchen ausreichend „Futter“ für ihren „Wissenshunger“. Genau das soll in der neuen Primarschule erreicht werden. Dafür werden in Hamburg – im Unterschied zu den sechsjährigen Grundschulen in Berlin – auch Gymnasiallehrer in der Primarschule unterrichten. Wie gut das funktioniert, zeigen die Erfahrungen in der Schweiz. In der Primarschule kann es neben Englisch auch differenzierte Angebote in Latein, Französisch oder Mathe geben.

6. Ist es nicht zu spät, wenn die Kinder erst in der 7. Klasse Latein, Französisch oder Spanisch lernen?

In der Primarschule sollen die Kinder früher an das Lernen von Fremdsprachen herangeführt werden – wie dies heute schon in den beiden bestehenden Hamburger sechsjährigen Grundschulen erfolgt. Dort wird die erste Fremdsprache in Klasse 4 dreistündig unterrichtet und auch der Schriftspracherwerb einbezogen. Spätestens in der 6. Klasse erhalten alle Kinder die Möglichkeit, sich in einer zweiten Fremdsprache zu erproben. Das Entscheidende dabei: In Zukunft soll es eine gemeinsame Verantwortung der Schulen einer Region geben, genau die Bildungsangebote zu entwickeln und vorzuhalten, die von den Eltern und ihren Kindern nachgefragt werden. Das heißt: Wenn die Nachfrage vorhanden ist, dann lernen möglicherweise zukünftig mehr Schüler Latein als heute.

7. Wird es eine Flucht in die Privatschulen geben?

Einen Trend zu Schulen in freier Trägerschaft gab es schon lange bevor die Hamburger Koalitionspartner die Einführung einer 6-jährigen Primarschule vereinbart haben – nicht zuletzt, weil sie häufig die Kinder nicht nach der vierten Klasse trennen, eine moderne Reformpädagogik, kleinere Klassen und Ganztagsbetreuung anbieten. Dies möchten wir für die staatlichen Schulen auch erreichen. Übrigens: Die Schulgebühren dieser Schulen dürfen eine bestimmte finanzielle Höhe nicht überschreiten. Auch Eltern mit geringeren Einkommen müssen ihre Kinder an diesen Schulen anmelden können, z. B. durch sozial gestaffelte finanzielle Gebühren, Stipendien oder einen Gebührenerlass.

8. Brauchen die Schulen nicht erst einmal eine Reformpause?

Eine wegweisende Reform der Hamburger Bildungslandschaft braucht eine sorgfältige Planung. In den letzten Jahren mussten die Schulen eine Reihe von Veränderungen verkraften. Wir möchten die Schulreform in den nächsten zwei Jahren intensiv vorbereiten sowie Lehrer, Eltern und Schüler/-innen daran beteiligen. Für die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform gibt es drei wesentliche Gründe: Erstens: Der Schulerfolg der Kinder ist nach wie vor an die soziale Herkunft gebunden. Das ist nicht gerecht und ein großer Verlust für Hamburg. Zweitens: 30% der Hamburger Schüler/-innen sind laut PISA sogenannte „Risikoschüler“ mit wenig Chancen auf Ausbildung und Arbeit. Drittens: Hamburgs Schüler/-innen sind nicht weniger klug, als Schüler/-innen aus Finnland, Kanada oder der Schweiz. Trotzdem liegen deren Schüler/-innen mit ihren Lernerfolgen immer weit vor den Hamburgern. Hier gehen Talente und Potenziale der Schüler/-innen verloren.

9. Wie sieht der Übergang von der 6. Klasse der Primarschule in die Stadtteilschule oder das Gymnasium aus?

In der Primarschule werden leistungsbezogene und diagnosegestützte Aussagen über jeden einzelnen Schüler gemacht. Schüler, die dabei die Berechtigung für den Besuch des Gymnasiums erhalten, haben dann die freie Wahl zwischen allen Sekundarschulen – Stadtteilschulen wie Gymnasien. Die Wahl der Sekundarschule nach der 6. Klasse bleibt unabhängig von der zuvor besuchten Primarschule. Alle Schüler können an einer Stadtteilschule angemeldet werden.

10. Mit welchen Klassen beginnen die neuen Primarschulen 2010 und welche Übergangsregelungen wird es geben?

Die Primarschule startet zum Schuljahr 2010/2011 aufwachsend mit der 5. Klassenstufe. D.h. dass die jetzigen Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen als erster Jahrgang in die Primarschule übergehen und als erster Jahrgang in der 5. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Den Eltern dieser Kinder wird im Rahmen des Vertrauensschutzes jedoch eingeräumt, eine andere Primarschule als die bisherige Grundschule zu wählen. Die Schüler, die sich momentan in der 3. Klassen befinden, werden weiter nach dem bisherigen System beschult werden, d.h. nach der 4. Klasse in eine weiterführende Schule wechseln.